

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

128 (3.11.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Lesen Sie heute:

Berlin - Tor der Zukunft S. 2
Das Wesen der sozialistischen Demokratie S. 2
Das neue Leben in der Slowakei S. 3

4. Jahr Nr. 128 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Donnerstag, 3. November 1949

Demokratisches Deutschland verhindert Krieg

Pieck und Grotewohl antworten Mao Tse Tung - Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk bedeutet weitere Stärkung der friedliebenden Kräfte

Berlin. (UT) „Die Demokratische Republik, deren Errichtung dem deutschen Volk dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion möglich wurde, wird bemüht sein, die Unterjochungsabsichten des Weltimperialismus gegen das deutsche Volk zu durchkreuzen und mit der Schaffung eines demokratischen Deutschland einen Krieg in Europa zu verhindern.“ heißt es in einem Telegramm des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck und des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Präsidenten der Volksrepublik China Mao Tse Tung.

In dem Telegramm heißt es weiter: „Die Lebensmittellieferanten der Volksrepublik China Mao Tse Tung, die den Lebensstandard der Bevölkerung heben.“

Durch die Aufhebung der Subventionierung tritt für einige Lebensmittel eine geringe Verteuerung ein. Trotzdem stehen die Preise im starken Gegensatz zu den Preisen in Westdeutschland.

Künftig kosten in der Ostzone: 1 Pfund Suppenfleisch 1.06 DM (bisher 85 Pfg.), 1 Pfund Butter 2.10 DM (bisher 1.80 DM), 1 Pfund Margarine 1.10 DM (bisher 98 Pfg.), 1 Pfund Schweineschmalz 1.30 DM (bisher 1.03 DM), 1 Zentner Kohlen 1.81 DM (bisher 1.70 DM).

Außer diesen Waren werden sich nur Artikel

aus reiner Zellwolle etwa im gleichen Ausmaß verteuern. Um trotz der geringen Erhöhung keine Härten für die Rentner entstehen zu lassen, werden die Mindestrentensätze um den Betrag erhöht, den die Preis-erhöhungen ausmachen.

Auf dem Wege zur Abschaffung der Lebensmittelkarten

Berlin. (UT) Der stellvertretende Ministerpräsident der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, gab in einem Interview dem Zentralorgan „Neues Deutschland“ genaue Angaben über die bevorstehenden Erhöhungen der Lebensmittelrationen, die er als die bedeutendste Verbesserung der Versorgung in den letzten Jahren bezeichnete.

In Berlin wird die Karte III abgeschafft. Die bisher nach dieser Kartengruppe Versorgten müssen jetzt im Monat zusätzlich 450 gr Zucker, 300 gr Fleisch und 300 gr Fett erhalten. Auch die Rationen der Kinder werden erhöht.

Beschäftigte mit besonders schwerer Arbeit, die bisher Karte I, im Betrieb aber kein warmes Essen erhielten, bekommen jetzt jeden Monat zusätzlich 2250 Gramm Nahrungsmittel, 300 Gramm Zucker, 100 Gramm Fleisch und 100 Gramm Fett. Schwerarbeiter und ihnen Gleichgestellte, die warmes Essen im Betrieb erhalten, und bisher Inhaber der Karte II waren, bekommen zusätzlich 1740 Gramm Nahrungsmittel und 100 Gramm Fleisch im Monat. Sofern Angehörige dieser Kategorie kein warmes Mittagessen im Betrieb erhalten, beträgt die Erhöhung monatlich 1750 Gramm Nahrungsmittel, 60 Gramm Zucker und 100 Gramm Fett. Ebenso wie bei der Erhöhung in den Ländern wird die Karte IV in Wegfall kommen.

Der tägliche Heimkehrertransport

Frankfurt-Oder. Weitere 2840 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen am Dienstag aus der Sowjetunion in Frankfurt-Oder ein. Im Oktober passierten 38 812 Heimkehrer aus der Sowjetunion das Heimkehrerlager Cronenfelde.

Wachsende Abhängigkeit Westdeutschlands vom Dollar

Rückgang des Exports - Zunahme der Fertigwaren-Einfuhr - Selbst deutscher Schrott und deutsches Holz nicht mehr gefragt

Frankfurt. Aus dem Ausland werden in wachsendem Maße Fertigerzeugnisse eingeführt, während die Ausfuhr aus Westdeutschland zurückläufig ist, weil Koks, Schrott und Holz nach der Währungsabwertung nur noch schwer abzusetzen ist, gab die Bank Deutscher Länder in ihrem Monatsbericht bekannt.

Im August betrug der Export nur 303,4 Mill. DM, davon belief sich der Fertigwaren-Export auf lediglich 27,3 Prozent. Die Einfuhr hat einen Zuwachs auf 700,4 Mill. DM erfahren. Die Erhöhung ist vor allem auf die wesentlich höhere Fertigwareneinfuhr zurückzuführen. So hat z. B. die Schweiz in den ersten neun Monaten viermal so viel als in der gleichen

Zeit des Vorjahres nach West-Deutschland geliefert. Ueber die Einfuhr von 6000 Radiogeräten aus der Schweiz beschwert sich die westdeutsche Radioindustrie, die zum Teil auf Kurzarbeit übergehen mußte. Der Bericht der Bank Deutscher Länder stellt gleichzeitig ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit fest, die sich jedoch nur auf die Frauen bezieht.

Maße aus Profitinteresse Luxusgüter nach Westdeutschland eingeführt werden. Ueberdies schafft die wachsende Verschuldung eine zunehmende Ueberfremdung der deutschen Industrie.

Finanzminister Blücher versicherte in Paris, daß die Deutsche Bundesregierung fest entschlossen sei, den Marshallplan als das anzusehen, was seine Urheber damit beabsichtigen. Er erklärte, daß er „tiefe Dankbarkeit gegenüber dem Marshallplan empfinde.“

„Dankbarkeit für den Marshall-Plan“

In Paris wird zur Zeit über die Verteilung der gekürzten Marshallplan-Gelder beraten. Marshallplan-Administrator Hoffman hat darauf hingewiesen, daß der US-Kongreß die Fortdauer der Europa-Hilfe von der „Liberalisierung“ des Handels abhängig mache.

In Gewerkschaftskreisen befürchtet man nicht zu Unrecht, daß diese Liberalisierung des Handels dazu führen wird, daß in verstärktem

Siemens Betrieb soll geschlossen werden

Balingen. Auf einer wegen der angekündigten Schließung des Zweigbetriebes der Siemens-Halske-Werke abgehaltenen Betriebsversammlung erklärte die Direktion auf den Beschluß, das Werk 1950 stillzulegen, zu verharren. Als Grund für die Auflösung wird die Annullierung von Aufträgen sowie der starke Rückgang des Export-Geschäfts seit der Währungsabwertung angeführt.

Amnestie für Priester in der Tschechoslowakei

127 Römisch-katholische Geistliche begnadigt

Prag. Der tschechoslowakische Staatspräsident Gottwald gab eine Amnestie für 127 römisch-katholische Priester bekannt. Die Priester, die sich gegen die Gesetze vergangen hatten, und deshalb bestraft worden waren, haben ihre Handlungen in einer Eingabe an den Staatspräsidenten bedauert, Loyalität gegenüber der Regierung versprochen und den Staatspräsidenten um Verzeihung gebeten. Die 127 begnadigten Priester werden die Vor-

teile des Gesetzes über die staatliche Unterstützung der Kirche genießen.

Generalstreik in Italien

Rom. Am Montag wurde über ganz Italien der Generalstreik ausgerufen. Anlaß zu dieser Protestaktion der Arbeiterschaft war der blutige Ueberfall der Polizei des christlich-demokratischen Ministers Scelba auf Landarbeiter in der süditalienischen Stadt Crotona. Die Landarbeiter hatten die Bearbeitung von Ländereien in Angriff genommen, die die Großgrundbesitzer unbewirtschaftet liegen ließen. Sie wurden von der Polizei, als sie sich weigerten, abzuziehen, unter Feuer genommen. Mehrere Tote und eine größere Anzahl Schwerverletzter sind auf Seiten der Arbeiter zu beklagen.

Betriebseinschränkungen in der eisenschaffenden Industrie

Duisburg. Fast alle Werke der eisenschaffenden Industrie Westdeutschlands haben infolge des Auftragsrückgangs in den vergangenen Monaten Betriebseinschränkungen vornehmen müssen. Neben der Einstellung von Sonntagsschichten und der Einführung von Kurzarbeit haben die Werke in erster Linie die Zahl der beschäftigten Unternehmerkräfte erheblich eingeschränkt, um wie es in einem dpa Bericht heißt, die Entlassung eigener Belegschaftsmitglieder möglichst zu vermeiden. Am schwersten betroffen sind die Werke Müllheim-Meiderich, die trotz Kurzarbeit 20 Prozent der Werksangehörigen kündigten. Auch bei anderen Stahlwerken wurden Entlassungen vorgenommen.

Französische Hafentarbeiter boykottieren Kolonialkrieg

Munition und Kriegsausrüstungen werden nicht mehr verladen

Marseille. Die im französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund organisierten Hafentarbeiter in Marseille haben beschlossen, vom 2. November an Munition und Kriegsausrüstung für die französischen Kolonialtruppen in Indochina nicht mehr zu verladen.

Die anderen Gewerkschaften angeschlossenen Hafentarbeiter werden, wie in Gewerkschaftskreisen erklärt wird, am späten Montagabend darüber abstimmen, ob sie sich dem Boykott anschließen. Die überwiegende Mehrheit der Hafentarbeiter von Marseille gehört dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) an.

Seit Jahren kämpfen große Teile des französischen Volkes gegen den Kolonialkrieg in Indochina, der das vietnamesische Volk in seiner Unabhängigkeit und nationalen Existenz bedroht. Der Entschluß der Marseiller CGT-Hafentarbeiter ist als die bisher stärkste Aktion, die für den Frieden in Vietnam in Frankreich unternommen wurde, zu werten. Der Streik gefährdet den Nachschub für Frankreichs Indochina-Armee und unterstreicht den schon immer geäußerten Willen der französischen Arbeiterschaft, sofort den Krieg gegen das indochinesische Volk zu beenden.

Für Weltfriedenspakt

Rom. Der ständige Ausschuß des Weltfriedenskongresses beendete seine Tagung in Rom mit der Annahme einer Entschließung in

Wir helfen unserer Volkszeitung

Ein nachahmenswertes Sammelergebnis Die Genossin Berta Hertler aus Haulingen sammelte für den Kampfonds UT bisher 42 DM. Sie will ihr Sammelergebnis noch verbessern. Wir sprechen unserer Genossin Hertler für ihren Einsatz unseren besonders herzlichsten Dank aus.

Weitere Sammelergebnisse (Teilergebnisse) für den Kampfonds UT:

Xaver Siebert, Biberach	DM 5.25
Ortsabteilung Furtwangen	DM 13.50
Ortsabteilung Forbach	DM 20.—
Ortsabteilung Wiechs	DM 5.—

der den Anhängern des Friedens empfohlen wird, sich an die Regierungen aller Länder zu wenden und von ihnen die Beendigung der zur Zeit geführten Kriege durch Annahme direkter Verhandlungen der Beteiligten unter internationaler Schirmherrschaft, sowie die Beschränkung der Rüstungs- und Truppenstärken zu fordern.

Die Atomwaffe soll als ungesetzlich erklärt und zerstört werden. Die Großmächte sollen im Rahmen der Vereinten Nationen einen Friedenspakt unterzeichnen.

Die Vertreter der deutschen Friedensbewegung Johannes R. Becher und Bernhard Göring, wurden in den ständigen Ausschuß des Weltfriedenskongresses aufgenommen.

3000 ehemalige deutsche Soldaten, die während des Rückzuges aus Frankreich nach Spanien geflohen waren, befinden sich heute noch in spanischen Internierungslagern.

„Radierungen“ brachten 45000 DM ein Fenstersprung aus Angst vor Ehemann

Dortmund. Der 32-jährige Karl-Heinz Horst aus Lütgendortmund ist ein Meister der „Radierungen“. Allerdings fand er weniger „Gefallen an schönen Bildwerken, als daran, sich durch „Radierungen“, die er mit Hilfe von Rasierklängen vornahm, in den Besitz von 12 000 RM und 45 000 DM zu bringen.

Horst war als städtischer Angestellter bei dem Besatzungsamt in Dortmund beschäftigt. Ihm oblag es, Rechnungen der Baufirmen die für die Besatzungsmacht arbeiten, zu prüfen und für sie Zahlungsanweisungen auszuschreiben. Dabei ließ er die Originalrechnungen verschwinden und forderte von den Firmen Zweitschriften an. Dann nahm er eine Rasierklänge, rasierte fein säuberlich die Firmenamen aus und stellte die Rechnungen auf den Namen seines Freundes Hermann Liedtke aus. Dieser zog dann fröhlichen Muts zur Kasse und ließ sich die Gelder auszahlen.

Es wurde alles verbüßelt, und das klapperte monatlang ohne jeglichen Zwischenfall. Nachdem sich die beiden erst einmal ausstaffiert

hatten, wurde ganz groß gelebt. Bei Silvester- und Karnevalsfeiern traten die beiden als großzügige Kavaliere auf. Fahrten ins Blaue wechselten mit großen Zechgelagen ab. Dabei seien ihm einmal 10 000 DM gestohlen worden, meinte Horst wehleidig.

Einwandfrei ermittelt wurde, was Horst und sein Freund auch eingestanden, daß sie 12 000 RM vor der Währungsreform und anschließend 45 000 DM ergaunert hatten. Wegen Urkundenfälschung und fortgesetzter Betrügereien wurde nun Horst zu 2 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, während der „Abholer“ Liedtke mit 15 Monaten Gefängnis davonkam.

Müllheim. In Müllheim stürzte sich eine 28-jährige Frau aus Angst vor ihrem betrunkenen Ehemann gemeinsam mit ihrer 65 Jahre alten Tante aus dem ersten Stockwerk auf die Straße. Die junge Frau wurde schwer verletzt. Ihre Tante starb im Krankenhaus. Der Ehemann wurde in Haft genommen.

Berlin Tor in die Zukunft

In dieser Woche soll in Bonn jenes beschämende Schauspiel seinen Abschluß finden, bei dem man sich darum streitet, ob Bonn oder Frankfurt zur Ersatzhauptstadt deklariert werden soll. Dieses Schauspiel ist im höchsten Grade entwürdigend für die, die es aufführen. Das Wichtigste ist nicht einmal, daß die konkurrierenden Partikularisten Riesensummen an Steuergeldern vergeuden. Entscheidend ist, daß Deutschland eine Hauptstadt hat und daß es keine Ersatzhauptstadt braucht. Das deutsche Interesse verlangt, daß Berlin ein Bollwerk wird — aber ein Bollwerk der Verständigung und des gemeinsamen Kampfes um Deutschlands Einheit und Unabhängigkeit. Die kommunistische Fraktion im Bundestag hat deshalb den Antrag gestellt, den Sitz der westlichen Verwaltung nach Berlin zu verlegen. Das könnte ein erster Schritt der Verständigung und der Überwindung der Spaltung Berlins und der Spaltung Deutschlands sein. Gäbe es einen besseren Weg, der Bevölkerung West-Berlins wirklich zu helfen, als den Sitz der westlichen Verwaltungsorgane nach Berlin zu verlegen, in enge Beziehungen zu den Organen der provisorischen demokratischen Regierung zu treten und gemeinsam über Maßnahmen zu beraten, wie das wirtschaftliche Leben West-Berlins wieder mit dem seiner natürlichen Umgebung verbunden, und wie schließlich die ganze unselige Spaltung überwunden werden kann?

Glücklicherweise mehren sich die Stimmen der Vernunft im Westen und Süden Deutschlands. Dr. Josef Müller von der bayrischen CSU, die Vorsitzende der Zentrumspartei, Helene Wessel, Männer wie Professor Nock, haben beachtenswerte Äußerungen getan, die in der Richtung einer Verständigung weisen und von der Fähigkeit zeugen, politische Realitäten und deutsche Notwendigkeiten zu erfassen. Aus diesen Stimmen spricht mehr oder minder die Erkenntnis, daß Deutschland ohne den Handel mit den Völkern des Ostens nicht leben kann.

In westdeutschen Wirtschaftskreisen wird man sich zusehends darüber klar, daß es eine Steigerung des Exports und vor allem eine von den Zufälligkeiten des Marktes unabhängige Ausfuhr nur geben kann, wenn es uns gelingt, einen auf lange Sicht geplanten Handel mit der Sowjetunion und den Volkdemokratien zu entwickeln. Mit den wachsenden Absatzschwierigkeiten, von denen in den letzten Wochen in der Stahlindustrie, in der Eisen verarbeitenden Industrie, in der Maschinenbauindustrie usw. berichtet wurde, macht sich der Unwille über die im Rahmen des Marshallplans erfolgte Absperrung von den Märkten im Osten immer stärker bemerkbar.

Die Interessen des deutschen Volkes hätten erfordert, daß die westdeutschen Stellen sich um die Entfaltung des Handels mit dem Osten bemüht hätten. Statt dessen hält man kriegerische Reden vom „Bollwerk gegen den Osten“ und läßt sich von ausländischen Konkurrenten eine Handelspolitik diktiert, die über kurz oder lang zum völligen Bankrott des westdeutschen Exports führen muß.

Von den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung her, wie von denen der Verständigung und des gemeinsamen Kampfes um die Einheit Deutschlands, kann es nicht gleichgültig sein, wo die westdeutschen Verwaltungen ihren Sitz haben. Berlin ist das Tor zu unseren natürlichen Handelspartnern im Osten, es muß das Tor zur deutschen Einheit und zur deutschen Zukunft werden.

Das Wesen der sozialistischen Demokratie

Von Alfred Drögemüller

Seit Jahrzehnten beschäftigen sich Politiker und Wissenschaftler der kapitalistischen Welt mit der „Krise der Demokratie“ und jeder Tag, der vergeht, bringt neue Tatsachen, die den Niedergang und Bankrott der bürgerlichen Demokratie bezeugen.

Auf der einen Seite erkennen immer größere Teile der Bevölkerung die wirtschaftliche, soziale und politische Knechtung, die der Kapitalismus bedingt, auf der anderen Seite zeigt das Beispiel der neuen Lebensordnung, wie sie sich in der Sowjetunion entwickelt hat, daß die „Krise der Demokratie“ in Wirklichkeit eine Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Eine ständig wachsende Anzahl von Menschen erkennt: unter den Bedingungen des Sozialismus gibt es keine Krise der Demokratie, sondern im Gegenteil, dort entfaltet sich die Demokratie der einfachen Menschen, dort entfaltet sich eine wahre Volkdemokratie, in der es keinen Platz für die Willkür einer kleinen Minderheit der Bevölkerung gibt.

Worin besteht nun das Neue, worin die Überlegenheit, worin die Lebensfähigkeit der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion? Vor allem darin, daß in der Sowjetunion der Kapitalismus vernichtet ist, die Ausbeuterklasse beseitigt wurde und der Reichtum des Landes, der Grund und Boden, die Bergwerke und Fabriken, die Banken und Eisenbahnen dem ganzen Volk gehören. Die Menschen stehen sich nicht länger als Unternehmer und Arbeiter, als Großgrundbesitzer und Bauer, als Ausbeuter und Ausgebeutete feindlich gegenüber. Es ist nicht mehr so, daß die einen — die Wenigen — den Reichtum und das politische Gewicht besitzen, während die anderen — die Vielen — nichts besitzen und rechtlos sind.

In der Sowjetunion liegen die Interessen aller Menschen auf der gleichen Linie. Sie alle sind an der Entfaltung der Produktion und des gesellschaftlichen Reichtums interessiert. Die Menschen erschöpfen ihre Kraft nicht länger

Geschädigte fordern wirksame Soforthilfe

Durchführung der zwölf Mindestforderungen verlangt

Wie wir bereits mitteilten (UT vom 31. Okt.) fand am Samstag in Freiburg eine Protestversammlung statt, auf der sich verschiedene Sprecher gegen die untragbaren Bestimmungen des Soforthilfegesetzes und für eine wirksame Soforthilfe einsetzten. Für die VVN hob Dr. Fleischer die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Geschädigten der Hitlerbarbarei und den Geschädigten des Krieges hervor. Die Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen sei ein wichtiger Beitrag für die Schaffung demokratischer Zustände und die Sicherung des Friedens. Hierbei hätten die verantwortlichen Behörden Gelegenheit, wahres Christentum zu beweisen.

Stadtrat Müller (KPD) wies darauf hin, daß bereits vor Monaten schon die KPD die Initiative ergriff, um durch gemeinsame Besprechungen der in Frage kommenden Organisationen eine Plattform für die Durchsetzung eines gerechten Lastenausgleichs zu erzielen. Bei dem Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes, das gegen die Stimmen der KPD im Badischen Landtag angenommen wurde, fühlte sich die KPD erneut verpflichtet, im Interesse der Geschädigten die notwendigen Schritte zu unternehmen. So sei es zu der Besprechung zwischen

Durchsichtige Manöver des Vorstandes

Aus der Mitgliederversammlung des Bundes der Fliegergeschädigten

Die gleichen Herren des Vorstandes des Bundes der Fliegergeschädigten, die die Protestversammlung am Samstag mit allen Mitteln sabotierten, hatten, um die Ausgebombten von der Protestversammlung abzuhalten, zu Sonntagsnachmittag eine Mitgliederversammlung einberufen.

Herr Dr. Dornauer war als Referent der gutbesuchten Versammlung ausgetreten. Er konnte nicht genug Worte des Lobes für die Stadtverwaltung und deren glänzende Organisation des Soforthilfesystems finden. Seine faden Ausführungen, die eigentlich nur eine Kommentierung des Mittelungsblattes des Ministeriums des Innern zum Soforthilfegesetz und deshalb den Anwesenden längst bekannt war, wurden mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen. Herr Müller konnte den Versammelten die Vorbesprechung und Festlegung, die zu den zwölf Forderungen und der Protestversammlung führten, nicht verheimlichen. Obgleich er die zwölf Forderungen nicht bekannt gab, wurde durch zahlreiche Sprecher die Unterstützung dieser Forderungen durch die Organisation der Fliegergeschädigten verlangt. Der Versuch, die Notwendigkeit zur Durchsetzung der zwölf Forderungen mit schlecht getarnten Angriffen auf die kommunistische Partei herabzumindern zu wollen, fand bei den Versammelten nicht den geringsten Anklang.

Daß es auch Herrn Dr. Hauser, dem Vorsitzenden des Bundes der Fliegergeschädigten des Ortsvereins Freiburg, der die Versammlung leitete, nicht darum ging, die Mitglieder der Organisation in der Frage des Soforthilfegesetzes zum Worte kommen zu lassen, um hierbei die notwendigen Forderungen zu erheben, ging daraus hervor, daß er sich nicht nur nicht verpflichtet fühlte, die auch ihm sehr wohl bekannten zwölf Punkte bekanntzugeben, sondern auch zuletzte, eingangs der Versammlung einhalb Stunden für den Versuch zu „operieren“, aktive Mitglieder des Vorstandes aus dem Vorstand hinauszumanteln.

Diese Wahlmanöver sollte Dr. Schulze-Frey, Mitglied des Bundesvorstandes, durchführen,

Vertretern der Fliegergeschädigten, der Rentner, der VVN, der Gewerkschaft der Eisenbahner, (die als einzige Freiburger Gewerkschaft anwesend war) und der FDJ gekommen bei der die zwölf Mindestforderungen und die Durchführung dieser Versammlung beschlossen wurde.

Stadtrat Müller bedauerte, daß die Flüchtlingsorganisation sich nicht an dieser Versammlung beteiligte, ja es nicht einmal für notwendig hielt, auf zweimalige Einladung überhaupt zu reagieren. Er wies auf die Unaufrichtigkeit einiger Herren vom Vorstand des Bundes der Fliegergeschädigten hin und bemerkte, wenn diese keine Kommunistenhetze treiben könnten, seien sie uninteressiert.

Ein Vorstandsmitglied des Bundes der Fliegergeschädigten forderte für die 2000 Freiburger Ausgebombten die Verwirklichung der 12 Mindestforderungen. Die Rednerin bedauerte, daß die Organisation der Fliegergeschädigten nicht mit allen Kräften die Protestaktion unterstütze und gab der Erwartung Ausdruck, daß, weil die hier erhobenen Forderungen, die Forderungen aller Ausgebombten seien, es gelingen wird, auch die Organisation der Fliegergeschädigten für die Verwirklichung der mit

der sich in seiner „Unparteilichkeit“ soweit verstieg, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht mehr als Vorstandsmitglieder des Ortsvereins tragbar seien. Mit großer Mehrheit wurde aber von der Versammlung der Antrag angenommen, die keineswegs vorgesehene Neuwahl von der Tagesordnung abzusetzen, baldigst eine Vorstandssitzung einzuberufen und zunächst dort die Vorbereitungen für eine Neuwahl des Gesamtvorstandes zu treffen. Vor allem wurde verlangt, endlich die Fragen in den Mittelpunkt zu stellen, die im Interesse der Ausgebombten liegen.

Durch unmißverständliche Zwischenrufe wurde mehrfach den drei Doktrinen der Vorschlag gemacht, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten, da ihre Unfähigkeit, im Interesse der Ausgebombten zu wirken, nicht zuletzt in dieser Versammlung bewiesen wurde. Es wird nun an den Mitgliedern der Fliegergeschädigten-Organisation liegen, aufmerksam zu verfolgen, inwieweit der Vorstand sich an die Forderungen der Mitglieder hält. Die erste Gelegenheit ist nunmehr gegeben, sich für die 12 Forderungen einzusetzen.

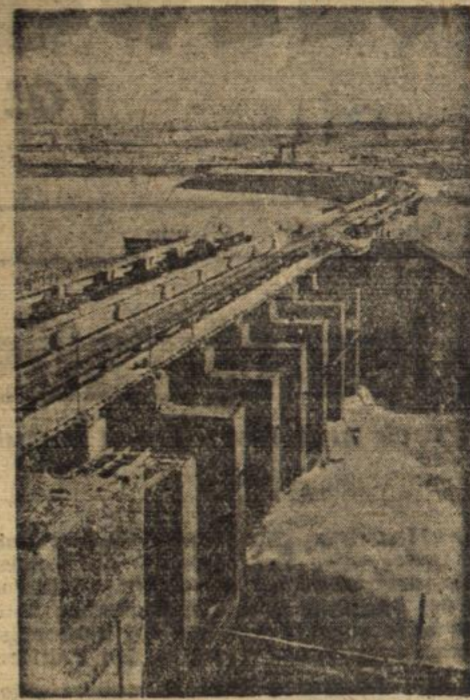
„Oesliche Elendsbilder“ — am Rhein aufgenommen

Köner „Neue Illustrierte“ beschwändelt 750 000 Leser

In ihrer Nr. 42 brachte die Kölner „Neue Illustrierte“, die auch bei uns in den Kiosken ausliegt, ein ganzseitiges Titelbild, das den 750 000 Lesern der Illustrierten „zwei ausgehungerte Frauen aus dem Osten“ zeigt, die aus einem Buschwerk kommend, von einer Frau mit einem Bauchladen (die selbstverständlich aus dem Westen) Schokolade, Bonbons usw. kaufen wollen.

Während es wohl der Mehrzahl der Leser vor Müdigkeit mit diesen „armen Frauen“ und vor Grauen über die „schrecklichen Zustände“ im Osten abwechselnd heiß und kalt am Rücken wurde, haben einige Leser auffallende Ähnlichkeit mit einer Rheinlandschaft und

ihnen aufgestellten Forderungen zu gewinnen. So wie die Vorräte setzten sich auch die Vertreter der FDJ und der Gewerkschaften dafür ein, die 12 Forderungen zu verwirklichen. Frau Abt. Käthe Seifried (KPD) versicherte, daß ihre Partei auch im Landtag in diesem Sinne wirken werde. Zum Schluß wurden die Einberufer der Versammlung beauftragt sich weiterhin für die erhobenen Mindestforderungen einzusetzen.



NEUES WASSERKRAFTWERK
IN USBEKISTAN

Stahlarbeiter haben gesiegt

New York. Die Bethlehem-Steel-Corporation, eine der größten Stahlgesellschaften der USA, hat sich nunmehr bereit erklärt, die Forderung der bei ihr beschäftigten 80 000 Metallarbeiter zu entsprechen und damit den einmonatigen Streik der Arbeiter beigelegt.

Man erwartet, daß die anderen Stahlgesellschaften schon in den nächsten Tagen ebenfalls Kontrakte mit der CIO Metallarbeiter-Vereinigung abschließen werden.

1750 Personen wohnen in Stuttgart noch in Bunkern. Unter den Bunkerbewohnern befinden sich 218 Kinder. Etwa 1000 Personen wohnen in ausgesprochenen Tiefbunkern.

Mit bekannten Frauen festgestellt. Sie stellten folgendes fest: Das sich angeblich an der Zonenangrenzende befindende dunkle Gebüsch ist nichts anderes als eine Partie der Rheininsel Grafenwerth bei Honnef. Die beiden aus dem dunklen Gebüsch kriechenden, „ausgehungen“ Frauen sind Fräulein Boing, Honnef, Wilhelmstraße 12 und Frau Jäger (die Frau des Fotografen) aus Honnef. Die junge Frau mit dem verlockenden westlichen Bauchladen heißt Frau Scholl, ebenfalls aus Honnef, Reichsbergerstraße 36. Das Bild ist von dem Fotografen Fred Jäger aus Honnef aufgenommen worden, der für seine „Prachtleistung“ bare 500 DM erhielt.

Mit solchen Methoden wird bei uns im Westen die öffentliche Meinung vergiftet und ein Zerrbild der Verhältnisse hinter der Zonenangrenzende hergestellt. Die „demokratischen Freiheiten“ in Trizonien gestatten es, die schmutzigsten Hetz-Mittel zu verwenden, wenn sie nur gegen den Osten gerichtet sind. Ein Geschäft, bei dem man dazu noch wunderbar verdienen kann.

Kinderleiche im Koffer

Mainz. In der Gepäckaufbewahrung des Mainzer Hauptbahnhofes entdeckten Eisenbahnbeamte, in einem dort seit dem 1. September aufbewahrten Handkoffer die bereits verstorbene Leiche eines neugeborenen Kindes, die in Packpapier und einem Kopfkissen eingewickelt war. Es hat sich bisher noch nicht feststellen lassen, von wem der Handkoffer aufgeföhrt wurde.

Aus dem Partikelchen

Zell i. W. Am Samstag, 5. November 1949, abends 20 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Adler“ unsere Mitgliederversammlung statt. Referent: Kreissekretär E. Seifert, Lörrach.

Kreis-Parteiarbeiter-Konferenz

Lörrach. Am Samstag, 5. November 1949, nachmittags 14.30 Uhr, findet auf dem Kreissekretariat, Feldbergstraße 7, unsere Kreis-Parteiarbeiterkonferenz statt. Da eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung durchgearbeitet werden muß, werden die Funktionäre und Parteiarbeiter aus den Ortsgruppen des Kreises Lörrach gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

UNSER TAG · VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1274 · Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Chefredakteur: H. Jerrtrup
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.
Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg
Friedrichstraße 36, Postfach 161, Fernruf 2207.

